

SPD BERLIN MÜLLERSTRASSE 163 13353 BERLIN

E-Mail berlin@spd.de
Telefon 030 4692-222

An
Bündnis für ein soziales Berlin
c/o ver.di Berlin
Am Bahnhof Westend, 14059 Berlin
Per E-Mail: info@buendnissoziales.berlin

Berlin, 26. August 2026

IHRE ANFRAGE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm. Wir freuen uns sehr, wenn sich Berliner*innen informiert und aktiv in den politischen Prozess einbringen und lassen Ihnen anbei die Antworten der SPD Berlin zukommen. Unser gesamtes Wahlprogramm in voller Länge finden Sie unter <https://spd.berlin/wahlprogramm/>.

1

gerne nehmen wir zu den fünf Forderungen Ihres offenen Briefes Stellung. Die soziale Infrastruktur unserer Stadt ist für die SPD Berlin öffentliche Daseinsvorsorge – und kein Kürzungsposten. Unsere Haushalts- und Finanzpolitik verbindet soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge und Zukunftsinvestitionen. Unser Ziel ist eine Zuwendungspraxis, die Planungssicherheit schafft, Verfahren vereinfacht und Ressourcen dort einsetzt, wo sie gebraucht werden: bei den Menschen und in den sozialen Infrastrukturen unserer Stadt.

1. Verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung sichern

Wir stehen für eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der sozialen Infrastruktur. Statt pauschaler Kürzungen setzen wir darauf, die Einnahmehasis des Landes zu verbreitern und bestehende Spielräume – auch bei der Kreditaufnahme – verantwortungsvoll zu nutzen; vom Bund fordern wir die Abschaffung der Schuldenbremse. Träger sozialer Arbeit brauchen Planungssicherheit, damit Angebote flächendeckend bereitgestellt, Qualität gesichert und Personal gehalten werden kann. Genau daran richten wir unsere Zuwendungspraxis aus.

2. Langfristigkeit statt Projektlogik

Bewährte Angebote dürfen nicht in kurzatmiger Projektlogik gefangen bleiben. Unser Wahlprogramm geht diesen Weg bereits konkret: Einrichtungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt werden wir künftig nicht mehr als Zuwendungsprojekte gestalten, sondern in einer Trägerfinanzierung längerfristig sichern. Dieses Prinzip – mehr Verlässlichkeit, weniger Befristung – wollen wir Schritt für Schritt auch in weiteren Bereichen der sozialen Infrastruktur verankern. Stadtteilzentren und mobile Stadtteilarbeit stärken wir in jedem Bezirk.

3. Gleiches Geld für gleiche Arbeit – fair und tarifgerecht

Diese Forderung teilen wir ausdrücklich. Träger, die soziale Arbeit im Rahmen von Leistungsverträgen und Zuwendungsprojekten erbringen, versetzen wir in die Lage, ihre Mitarbeitenden tarifgerecht zu bezahlen. Zugleich verschärfen wir die Durchsetzung von Tariftreue, und die Landesunternehmen gehen als tarifgebundene Arbeitgeber mit gutem Beispiel voran. Gute Arbeit in der sozialen Infrastruktur ist für uns Voraussetzung für gute Angebote – nicht deren Gegensatz.

4. Qualität sichern – partnerschaftlich und wirksam

Qualitätssicherung und Wirkungsorientierung müssen verhältnismäßig ausgestaltet sein und dürfen Träger nicht mit unnötiger Bürokratie belasten. Wir wollen Zuwendungsverfahren vereinfachen und durch Entbürokratisierung Freiräume für die fachliche Arbeit schaffen. Grundlage der Zusammenarbeit ist das Vertrauen in die Expertise der freien, gemeinnützigen Träger, die gemeinsam mit dem öffentlichen Dienst täglich unverzichtbare Arbeit leisten.

5. Beteiligung, Austausch und gemeinsame Verantwortung stärken

Den angebotenen Dialog nehmen wir gerne an. Wir setzen auf regelmäßigen, ressortübergreifenden Austausch zwischen Politik, Verwaltung, Trägern, Beschäftigten und Gewerkschaften – im Parlament ebenso wie in den Bezirken. Über geeignete Formate sprechen wir gerne gemeinsam mit Ihnen. Denn Entscheidungen über den Landeshaushalt sind immer auch Entscheidungen darüber, in was für einer Stadt wir leben wollen – wir wollen eine Stadt, die niemanden zurücklässt.

//

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und sind für Sie unter Wahlprogramm.berlin@spd.de erreichbar.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.